

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 18

Artikel: Parallelen und Unterschiede : Budapest 1956 - Prag 1968
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076572>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Parallelen und Unterschiede

Budapest 1956 — Prag 1968

Von Laszlo Revesz

Die Parallelen zwischen Ungarn 1956 und Prag 1968 drängen sich auf. In beiden Fällen ging es in einer Bewegung, die das ganze Volk umfasste, um Demokratie, Freiheit und staatliche Souveränität. In beiden Fällen wurde der Versuch von der «Hüterin und konsequentesten Verfechterin der Freiheit der Völker», der Sowjetunion, niedergeschlagen. Indessen gibt es doch sehr wichtige Unterschiede zwischen den Vorgängen, welche die Tragödie heraufbeschworen.

In Ungarn spielte sich zuerst eine Revolution gegen das kommunistische Regime ab, die nach dem Eingriff der sowjetischen Panzer sechs Stunden später in einen Freiheitskampf überging. Die Revolution siegte. Die Partei mit ihren 900 000 Mitgliedern fiel zwischen 20 und 24 Uhr des 23. Oktober vollständig auseinander. Dann freilich wurde der Freiheitskampf brutal zertreten.

Der eigene Weg zum Sozialismus

In der Tschechoslowakei kam es zu keiner Revolution. Die Demokratisierung und Liberalisierung entwickelte sich innerhalb des kommunistischen Systems. Nicht nur wurde die KPTsch dabei nicht zerschlagen, sondern sie leitete den ganzen Erneuerungsprozess selbst. Hatten Revolution und Freiheitskampf in Ungarn im Zeichen des «dritten Weges» gestanden, so wollte man in der CSSR den «eigenen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus» beschreiten. Die ungarischen Ereignisse sprengten den Rahmen des Sozialismus so gut wie des Warschauer Paktes; die tschechoslowakischen Ereignisse blieben im gegebenen Rahmen.

Freilich ging es nicht nur darum, den Sozialismus den spezifischen tschechoslowakischen Verhältnissen anzupassen, wiewohl das aus naheliegenden Gründen sehr stark in den Vordergrund gestellt wurde. Es ging darum, den Sozialismus seiner totalitären Charakteristiken zu entkleiden, den «Sozialismus zu rehabilitieren». In vielen Punkten bestand das Vorgehen darin, erstmals das zu praktizieren, was man bisher (und anderswo nach wie vor) nur proklamierte (Ulbricht: «Wir haben doch Pressefreiheit.»). Und weil die Hypokrisie immer einen Wesensbestandteil des kommunistisch verstandenen Sozialismus bildete, geriet die CSSR doch in einen echten Gegensatz dazu. Die «sozialistische Demokratie» wird nominell in jedem kommunistischen Land anerkannt. Unerhört wirkte nur, dass eine herrschende Partei sich anschickte, das auch wörtlich zu nehmen.

Der «dritte Weg» in Ungarn

Der ungarische «dritte Weg» bedeutete weder «Sozialismus» noch «Kapitalismus», sondern etwas dazwischen:

- Abschaffung des kommunistischen Monopols auf die Führung von Staat und Gesellschaft, Abschaffung des Einparteiensystems und Einführung des Mehrparteiensystems mit Opposition.
- Zulassung der privaten Initiative, Zulassung des kleinen Privateigentums an Produktionsmitteln.
- Beibehaltung des Staatseigentums an Gross-

betrieben, aber Umwandlung in Aktionsgesellschaften unter Arbeiterverwaltung.

d) Blockfreiheit und Neutralität.

Die «sozialistische Demokratie» in der CSSR

Zu den praktizierten oder beabsichtigten Errungenschaften des neuen tschechoslowakischen Kurses gehörten:

- Informations- und Meinungsfreiheit in den öffentlichen Medien.
- Rehabilitierung früherer Opfer des Systems und Einführung von Rechtsgarantien.
- Neudefinierung der führenden Rolle der Partei, die nicht durch Machtmittel, sondern lediglich durch ihre Ueberzeugungskraft zu gewährleisten sei (Aktionsprogramm).
- Neubestimmung der Parteidemokratie und insbesondere des «demokratischen Zentralismus», der nach tschechoslowakischer Auffassung auch nach einem Beschluss gestattet, abweichende Meinungen zu vertreten (Statutenentwurf).
- Kompetenzabgrenzung von Partei und staatlichen Behörden. Insbesondere Aufwertung des Parlaments, das der Gesamtheit der Wähler und nicht der Partei verantwortlich ist.
- Aufwertung der Gesellschaftsorganisationen als Träger spezifischer Interessen statt als «Transmissionsriemen» der Partei (hier bestanden Ansätze zu einem Pluralismus ohne Mehrparteiensystem). Insbesondere Aufwertung der Gewerkschaftsrechte einschliesslich Streikrecht.
- Bildung von Arbeiterräten und (geplant) Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben.

Alle diese Punkte betreffen nicht so sehr spezifisch tschechoslowakische Gegebenheiten (wie Föderation, Stellung der Minderheiten, viele Wirtschaftsfragen), sondern eine grundsätzlich übertragbare Auffassung von Sozialismus und Demokratie. Indessen ist zu betonen, dass in keiner Weise eine «kapitalistische Restauration» (Privateigentum an Produktionsmitteln) oder eine aussenpolitische Neuorientierung vorgesehen war. Diesbezüglich ging die CSSR auch nach dem Januar viel weniger weit als andere kommunistische Staaten (umfangreiche Privatbeteiligung an Grossbetrieben in der DDR, diplomatische Anerkennung Bonns durch Moskau, Bukarest, Belgrad).

Der sowjetische Eingriff damals und heute

Wie der Warschauer Professor Gelberg in seinem 1957 veröffentlichten Buch offen erklärte, hatten die Sowjets schon im Falle Ungarns weder auf Grund des Völkerrechts noch auf Grund des Warschauer Paktes ein Recht zum Einschreiten. Noch krasser stellt sich die Invasion in der

Tschechoslowakei, wo man lediglich eine dem Marxismus-Leninismus nicht in allen Details entsprechende sozialistische Demokratie etablieren wollte.

Die Tschechoslowaken hatten von den ungarischen Ereignissen 1956 gelernt; es kam nicht zu bewaffneten Zusammenstössen. Aber auch die Sowjets wandten andere Methoden an. Vor allem wünschten sie eine kollektive Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten, um nicht allein auftreten zu müssen. Aber der Pakt selbst sieht einen solchen Eingriff in keiner Art und Weise vor. Artikel 5, der neben einem gemeinsamen Oberkommando «auch andere vereinbarte Massnahmen» vorsieht, ist als Aggressionsrechtfertigung schon deshalb untauglich, weil die Besetzung mit der CSSR gewiss nicht vereinbart wurde. Ueberdies wurde Rumänien gar nicht eingeladen. Die Voraussetzungen einer Beistandsleistung sind erschöpfend in Artikel 4 dargelegt, aber eine militärische Aktion ermöglicht er womöglich noch weniger als Artikel 5.

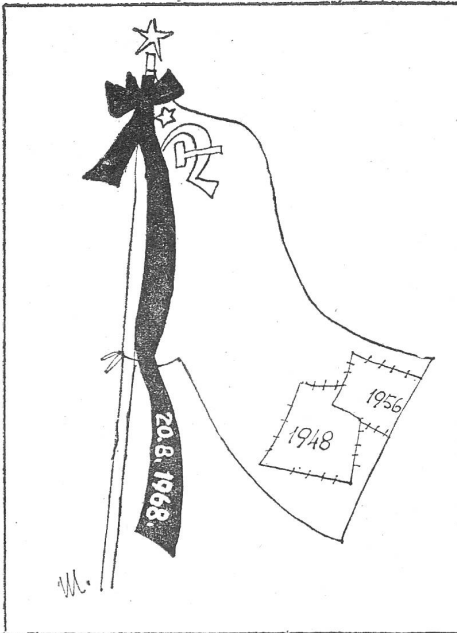
Die Berufung auf Hilfeleistung gegen eine angebliche Konterrevolution wurde im ungarischen Fall vom obersten Gremium der Völker, von der UNO, mit grossem Stimmenmehr abgewiesen. Der Bericht der Ungarn-Kommission der Vereinten Nationen erklärte in Punkt 715, Ziffer 11, eindeutig, dass die Konterrevolution nicht vom ungarischen Volk, sondern von der sowjetischen Führung und der von ihr betrauten Kadar-Gruppe entfesselt wurde: «Die ‚Konterrevolution‘ bestand darin, dass Kadar und seine Kollegen durch die sowjetischen bewaffneten Streitkräfte eingesetzt wurden, und zwar in Opposition zu einer Regierung, die sich der überwältigenden Unterstützung des ungarischen Volkes erfreute.» Für die tschechoslowakischen Ereignisse drängt sich eine analoge Feststellung noch stärker auf.

Die Gleichschaltung als Prinzip

Zu den Konsequenzen des niedergeschlagenen Freiheitskampfes in Ungarn gehörten: rund 25 000 Tote, 5000 bis 6000 Deportierte in die Sowjetunion, 2100 Hingerichtete, einige Konzentrationslager, 200 000 Flüchtlinge. An diesen tragischen Kategorien gemessen, sind die Konsequenzen des vereitelten tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus natürlich weitaus geringer, wenn auch die Schlussabrechnung (NKWD-Beamte in Prag) noch nicht vorliegt. Dafür besteht hier eine qualitativ andere Konsequenz im Verhältnis zwischen den kommunistischen Staaten und Parteien untereinander. Im Falle Ungarns bestand — insofern hatten die Sowjets recht — eine Gefährdung des Sozialismus kommunistischer Prägung, in der Tschechoslowakei aber nicht. Die tschechoslowa-

Die Verurteilung des Aggressionskrieges als internationales Delikt und das Verbot von Gewaltanwendung und Gewaltdrohung gegenüber andern Staaten ist der wichtigste Charakterzug, der das heutige Völkerrecht kennzeichnet. Dieses Völkerrecht entwickelte sich unter dem Einfluss der Ideen der grossen sozialistischen Oktoberrevolution und mit der aktiven Teilnahme des Sowjetstaates.

D. H. Lewin in «Sowjetskoje Gosudarstwo in Prawo», Moskau, Augustnummer 1968.



Von jetzt an nur für Inlandgebrauch. («Delo», Ljubljana)

kischen Ereignisse haben gezeigt, dass das Schicksal eines zum Sowjetblock gehörenden Landes nur die vollständige Gleichschaltung sein kann, unter Berufung auf die allgemeingültigen Gesetzmässigkeiten des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus. Wie im Rahmen einer Diskussion zwischen dem tschechoslowakischen ZK-Sekretär Cisar und dem sowjetischen Akademiemitglied Konstantinow sowjetischerseits in der «Prawda» betont wurde, hat der Leninismus einen allgemeingültigen, für alle sozialistischen Länder und Parteien verbindlichen Charakter; er sei keine russische Erscheinung. Unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus muss also das gesamte Staats-, Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftsleben gleichgeschaltet werden.

Eine Erinnerung

Am 5. November 1957 um 17.30 Uhr kommentierte der ungarische kommunistische Geheimsender, der sogenannte «Rajk-Sender» (nach dem Namen des Ende 1948 hingerichteten kommunistischen Innenministers), das sowjetische Verfahren mit folgenden Worten:

«Während Panzer und Geschütze Tausende von ungarischen Patrioten töteten, ... gab es auch Verräter unter uns, die sich ... unter Leitung des neuen Rakosis, Janos Kadar, in den Dienst des blutbefleckten russischen Terrors stellten. Den sowjetischen Führern haben wir nichts zu sagen. Sie überzeugten nicht nur die ganze Welt, sondern auch die Kommunisten davon, dass sie sich nicht im geringsten um den Kommunismus kümmern, denn sie haben ihn ... im Interesse des russischen Imperialismus prostituiert. An der UNO-Versammlung erklärte die ganze Welt ihre Meinung, und die öffentliche Meinung hat endlich erkannt, dass ... die Russen den Kommunismus als trojanisches Pferd einsetzten ... um ihre Kolonien durch blutigen Terror halten zu können ...»

Freilich ist seit diesen kommunistischen Worten eine lange Zeit verstrichen ...

Die CSSR nach dem «Kompromiss»

(Fortsetzung von Seite 1)

sind, ihren eigenen Kurs unter sowjetischer Aufsicht zu liquidieren. Während daheim die gesamte Bevölkerung ihre Grösse mit einer Aktion passiven Widerstandes bewies, in welcher der Wille der Nation zum Ausdruck kam wie nie zuvor, zeigten diese Männer ihre Grösse auf viel schwerere Weise dadurch, dass sie die Erniedrigung auf sich nahmen. Sie küssteten die Rute, um ihrem Volk das Schwert zu ersparen.

Mit dem unglaublichen Zynismus des sogenannten «Abkommens» von Moskau rächten sich die Sowjets dafür, dass sie keine Quisling-Regierung finden konnten. Und schon gar keinen Staatspräsidenten, der das Patronat dafür übernommen hätte. General Svoboda, Held der Sowjetunion und seinerzeit als Konzession an Moskauer Wünsche zum Präsidenten der Republik gemacht, hielt sich an das Mandat, das ihm die Nationalversammlung der Tschechen und Slowaken gegeben hatte. So griffen die Sowjets zu einer Notlösung. Aber diese ist noch diabolischer ausgefallen, als es die Einsetzung einer freiwilligen Henkereiquote gewesen wäre.

Die Verhandlungen in Moskau hatten diesen Namen nicht mehr verdient als Verhandlungen zwischen Kidnappern und ihren Opfern. Wobei es keineswegs nur um das Leben Dubceks und seiner Leute ging. Ihnen persönlich wäre vielleicht das Schicksal Imre Nagys lieber gewesen. Das tschechoslowakische Parteipräsidium war seit seiner Antwort auf den Warschauer Brief der Sowjetunion und ihrer Satelliten das Risiko eingegangen, das Leben zu verlieren, wenn es die Sowjets auf eine Intervention ankommen lassen würden. Aber jetzt ging es um das Leben der Mitbürger, um die Verhinderung eines zweiten Ungarns. Die Besatzungstruppen hatten 15 Millionen Geiseln in der Hand.

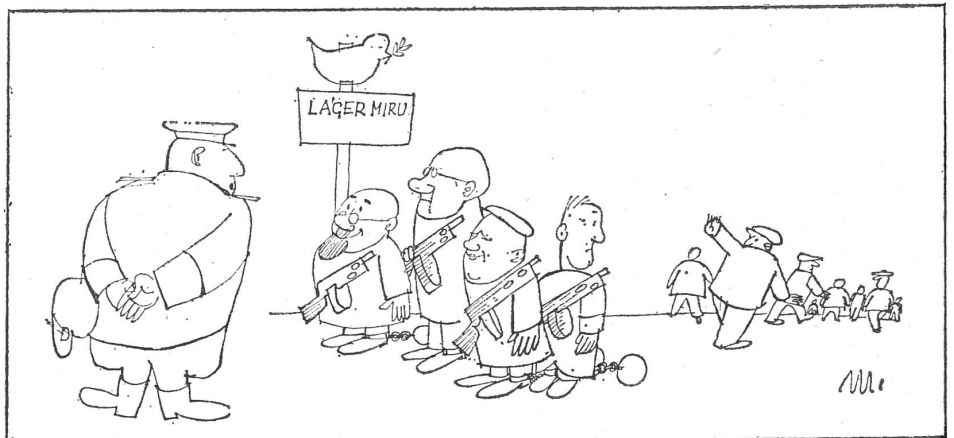
Dubcek war im Laufe des Sommers vom bloss sympathischen Parteichef zum wirklichen Repräsentanten aller Tschechen und Slowaken geworden. In ihm sahen sie ihre gemeinsamen Anliegen verkörpert, aus seiner Kraft schöpften sie ihre Zuversicht. Ich habe in den glücklichen Tagen der tschechoslowakischen Souveränität nicht nur die Jugend «Dubcek, Dubcek!» skandieren hören, ich habe auch einen alten Mann weinen gesehen, als er mir sagte, Dubcek wolle nicht herrschen, sondern dienen. Hätten sich

nun Dubcek und seine Kameraden lieber erschliessen lassen, als die Kapitulation zu unterschreiben, so wäre aus dem passiven Widerstand der Bevölkerung der offene Aufruhr geworden, den die Sowjets im Blut erstickt hätten. So mussten diese Männer die Entwürdigung auf sich nehmen, um das Leben von Tausenden zu retten. Sowjetisches Diktat nach einem Blutbad oder sowjetisches Diktat ohne Blutbad — das war die Alternative.

Das «Abkommen» begrüssen

Das ist das fürchterliche «Abkommen» von Moskau. Dass übrigens westeuropäische KPs, die angeblich «für die Tschechoslowakei» gewesen waren, diese Erpressung als gangbaren «Kompromiss» begrüsst haben, ist schlichtweg zum Erbreenen. Und zu denken, dass es diese Leute waren, welche die tschechoslowakischen Progressisten vor falschen (westlichen) Freunden warnten. Und zu denken, dass es ihnen ein hübscher Teil unserer nichtkommunistischen Öffentlichkeit nachtut, wenn sie argumentiert, die Gegner des Kommunismus hätten kein Recht auf Solidarität mit den Tschechoslowaken.

Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weiner wäre: hat man doch den Tschechoslowaker gerade die «verräterische Tatsache» angekreidet, dass die Antikommunisten die CSSR-Entwicklung begrüsseten. Was beweist das eigentlich? Doch höchstens das, dass die diffamierten Antikommunisten nichts gegen eine sozialistische Gesellschaftsordnung (ohne Privateigentum an Produktionsmitteln) hatten, sondern nur gegen ihre totalitäre Handhabung, die den nationalsozialistischen (in der «progressiven» Lesart «hitlerfaschistischen») Methoden verwandt war. Der Antikommunismus galt nicht einer bestimmter Eigentums- oder Gesellschaftsordnung, sondern ausschliesslich dem Totalitarismus, der bisher den Kommunismus überall begleitet hatte, und nun wiederum begleitet. Totalitarismus aber ist das, was Nationalsozialismus (oder «Hitlerfaschismus» für die Tabuisten der sozialistischer Benennung) gemeinsam haben. Bei einem Sozialismus ohne Totalitarismus lag von dieser Seite her keine Veranlassung zu einer Bekämpfung vor. Den tschechoslowakischen Weg konnten in der Tat nur diejenigen bekämpfen, denen es keineswegs um den Sozialismus, sondern nur um die faschistischen Mittel der Macht ausübung ging, wie sie in der Sowjetunion zu



Das Friedenslager in der internationalen Bewegung: «Sollen sie doch enttäuscht sein, wenn sie wollen. Mit ihnen kann man sowieso nicht ehrlich exerzieren.» («Delo», Ljubljana)